

Zeitschrift:	Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung
Herausgeber:	Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band:	66 (1991)
Heft:	9
 Artikel:	Sicherheitspolitische Gedanken zur Schweiz und Europa
Autor:	Spälti, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-714748

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitische Gedanken zur Schweiz und Europa

Von Nationalrat Dr Peter Spälti, Hettlingen (ZH)

Die Schweiz feiert in diesem Jahr Ihren 700. Geburtstag auf breiter Front, aber trotzdem diskret und in einer bemerkenswerten Nüchternheit. Zukunftsfragen beschäftigen die schweizerische Öffentlichkeit so stark, dass ihr für eine Verirrung in eine allzu heldische Vergangenheitsverehrung kaum Raum bleibt. Abstinenz und Teilnahmslosigkeit prägen in gewissen Kreisen diese 700-Jahrfeier. Unsicherheiten, übersteigertes Wohlstandsdenken, Individualismus und Egoismus dokumentieren, dass die heutige Gesellschaft zunehmend von Zukunftsängsten, von modischen Endzeitstimmungen und Orientierungslosigkeiten bestimmt wird.

Der Gotthard stand am Anfang unserer Geschichte

Dennoch gibt es tragende Kräfte und erfreulicherweise breite Bevölkerungskreise in unserem Land, die mit berechtigtem Stolz feststellen, dass kein anderes europäisches Staatswesen sich durch so viele innere und äussere Konflikte hindurch mehr oder weniger kontinuierlich zu einem modernen Staat entwickeln konnte. Aber es herrscht kein Überschwang. Kontinuitäten und Diskontinuitäten halten sich die Waage.

Der Gotthard stand am Anfang unserer Geschichte, und er steht auch heute wieder mit Blick auf die gegenwärtigen Transitverhandlungen mit Europa im Brennpunkt wichtigster Entscheidungen. Das Zusammenstehen für die gemeinsame Sicherheit war Anlass für die Bundesgründung durch das damalige Bauernvolk. Die Frage nach der langfristigen Gewährleistung unserer Sicherheit stand nicht nur damals im Zentrum von sicherheitspolitischen Überlegungen, auch heute steht die Gewährleistung unserer Sicherheit wieder markant im Zentrum unserer aussen- und sicherheitspolitischen Überlegungen.

Undenkbares wurde Realität

Unser Umfeld ist in einem Mass in Bewegung geraten, wie wir es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gekannt haben. Undenkbares ist Realität geworden: Die Sowjetunion will zur Marktwirtschaft übergehen und sich von der totalitären Tradition lösen. Sie gesteht das Fiasco der Kommandowirtschaft ein, sagt dem Gedanken der Weltrevolution ab und hat sich mit der Neudefinition einer defensiven Militärstrategie von der langjährigen Tradition eines militärisch unterstützten Expansionismus losgesagt.

Die Militärorganisation des Warschauer Paktes ist per 31. März 1991 aufgelöst worden. In einem Zehnjahresprogramm will die sowjetische Militärführung ihre Streitkräfte von 4,3 Millionen Mann auf 2,5 bis 3 Millionen Truppen reduzieren. Im CFE-1-Vertrag (Abkommen über die konventionelle Rüstung) vom 19. November 1990 ist erstmals in der europäischen Geschichte eine dramatische Reduktion des konventionellen schweren Kriegsgerätes in Europa beschlossen worden, und auch befürchtete Umgehungsmassnahmen der Sowjetunion haben sich nicht als genügend gravierend erwiesen, um das Vertragswerk

scheitern zu lassen, beziehungsweise den weiteren Fortschritt von Abrüstungsverhandlungen zu bremsen.

An der Konferenz der Aussenminister der KSZE-Staaten ist am 20. Juni dieses Jahres vereinbart worden, dass bereits ab Herbst das neue Mandat für die Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen im KSZE-Rahmen wahrgenommen werden soll. Das alles bedeutet, dass die von den NATO-Staaten und auch von den Neutralen in Mittel- und Westeuropa über Jahrzehnte befürchtete, überraschende und überwältigende militärische Offensive der Sowjetunion beziehungsweise des Warschauer Paktes Richtung Atlantik nicht stattfinden wird. Ohne das bisherige Feindbild sucht die NATO nach einer neuen strategischen Konzeption. Aber auch die Neutralen müssen sich bezüglich ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik neu orientieren.

Chancen und Risiken

Das über Jahrzehnte empfundene Gleichgewicht des Schreckens war auch ein Gleichgewicht der Stabilität. Diese Stabilität hat einer Dynamik Platz gemacht, die ebensoviel Chancen wie Risiken enthält. Die grösste Hoffnung, auch für die Schweiz, ist die Hoffnung auf eine stabile künftige Friedensordnung. Die Risiken liegen darin, dass mit dem Wegfall der grossen Ost/West-Konfrontation viele kleine Konflikte in kaum mehr erwarteter Heftigkeit wieder aufgebrochen sind, vor allem in Osteuropa und in den Randstaaten der Sowjetunion selbst. Bürgerkriegszustände im Süden der Sowjetunion und bürgerkriegsnahen Situationen im Baltikum, im ungarisch-römischen Grenzbereich, vor allem aber auch der Zerfall in Jugoslawien werden noch akzentuiert durch die desolate wirtschaftliche Situation, in die diese Gebiete nach Jahrzehnten kommunistischer Miss- und Planwirtschaft gestürzt worden sind. Sie bergen auch die Gefahr einer reaktionären Umkehr.

Flüchtlingsströme aus politischen, ethnischen oder wirtschaftlichen Gründen sind jederzeit möglich. Während Osteuropa im Gefolge von Glasnost und Perestroika in einem Prozess der Desintegration begriffen ist, hat sich umgekehrt der Prozess der Integration in Westeuropa beschleunigt und intensiviert, ohne dass aber schon klare Strukturen einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur sichtbar geworden wären.

Eigenständigkeit nicht mehr gefragt?

Die Schweiz befindet sich zurzeit in einer sehr schwierigen Lage, was ihre eigene Positionierung in diesem dynamischen Umfeld betrifft. Schweizerischer Tradition und schweizerischem Selbstbewusstsein der letzten Jahrhunderte entsprach immer der Gedanke der Autarkie, respektive des unbedingten Pochens auf vollkommene nationalstaatliche Souveränität und Unabhängigkeit von den Nachbarstaaten. Wir haben uns in weiser Staatsräson beschränkt auf eine starke Verteidigungsarmee, die niemanden bedroht, aber stark genug ist, um potentielle Gegner

abzuschrecken, um anerkannter Stabilitätsfaktor in Europa zu sein.

Die Bereitschaft, diese Unabhängigkeit und Freiheit durch das Mittel der bewaffneten Neutralität auch in Notzeiten zu verteidigen, bewährte sich in beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts. Ohne dieses Mittel wäre es uns wohl nicht möglich gewesen, unsere Grundwerte der Menschenrechte, der Demokratie und der Selbstbestimmung des einzelnen wie der Gemeinschaft auch in den Krisenzeiten und durch die Erschütterungen der letzten zwei Jahrhunderte durchzuhalten. Doch unterdessen sind die internationalen, besonders die europäischen Verflechtungen viel enger und intensiver geworden, und der Autarkiegrad, der wohl auch in der Vergangenheit nie vollumfänglich war, ist weiter abgesunken.

Muss diese Entwicklung dazu führen, dass die Schweiz zum Anschluss an ein sich immer stärker integrierendes Europa gezwungen ist? Und welche Konsequenzen hätte das für die schweizerische Sicherheitspolitik und die schweizerische Verteidigungspolitik?

EWR-Vertrag und EG-Beitritt

Die Schweiz war den europäischen Integrationsbestrebungen der fünfziger Jahre gegenüber immer sehr reserviert. Nicht zufällig gehörte sie zu den Gründerstaaten der europäischen Freihandelsassoziation, die gegenüber den in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten ein Gegengewicht bilden sollten, ein Gegengewicht von Staaten, die nur an einer wirtschaftlichen Kooperation interessiert waren, die Zielsetzungen eines politischen Zusammenschlusses aber nicht teilten.

Heute befinden wir uns in der Schlussphase der Verhandlungen zwischen EFTA und EG um einen europäischen Wirtschaftsraum, und es war schon immer klar, dass die europäische Gemeinschaft in diesem Dialog der weitesten stärkere Gesprächsteilnehmer ist.

Der Bundesrat möchte den EWR-Vertrag unterzeichnen, weil er sonst eine Isolierung der Schweiz befürchtet. Sollte der EWR-Vertrag aber scheitern, denkt er schon heute daran, zu Recht auch die Möglichkeit eines EG-Beitrittes weiterzuverfolgen. Kürzlich hat Bundesrat Delamuraz vor dem Parlament sogar erklärt, auch wenn der EWR-Vertrag unterzeichnet werde, müsse die Möglichkeit des vollen EG-Beitrittes weiterverfolgt werden.

Gewinne und Abstriche

Ist diese europäische Integration nun aus schweizerischer Sicht als Chance oder als Risiko der gegenwärtigen Umgestaltung Europas zu interpretieren? Die dem Bundesrat vor kurzem abgelieferte Untersuchung der Handelshochschule St.Gallen sagt aus, dass die wirtschaftlichen Folgen eines EG-Beitrittes für die Schweiz sich in einer allgemeinen Anhebung des Bruttoinlandproduktes und einer Einkommensverbesserung pro Schweizerin und Schweizer von 2000 bis 3000 Franken jährlich auswirken könnte. Damit wird für die Schweiz eine Tendenz bestätigt, die seinerzeit

schen der Cecchini-Bericht für die jetzigen 12 EG-Staaten prognostizierte.

Diesem materiellen Gewinn stehen indessen in der Schweiz auch erforderliche Rechtsungleichungen entgegen, was gleichbedeutend mit Abstrichen an föderalistischer Mitbestimmung und direkter Demokratie ist. Allerdings sollte auch in diesem Bereich nicht übertrieben werden, und das Schreckgespenst einer Brüsseler Bürokratie, das bis in alle Einzelheiten aller europäischen Teilstaaten hineinreicht, wird wie auch die damit verbundenen offenen Auseinandersetzungen und Diskussionen in England dieser Tage zeigen, bei weitem übertrieben.

Der Zürcher Völkerrechtler Professor Dietrich Schindler hat klar ermittelt, dass ein Beitritt der Schweiz zur EG den Föderalismus und die direkte Demokratie zwar spürbar berühren, jedoch keineswegs beseitigen würde. Die Schweiz würde weiterhin das europäische Land mit den weitaus umfassendsten Volksrechten und der weitaus grössten Zahl von Volksabstimmungen bleiben.

Reduit oder freie Einwanderung

Es gilt nüchtern festzuhalten, dass um uns herum Staaten und eine EG entstanden sind, die an schweizerischen Kriterien gemessen durchaus Akzeptanz und Achtung verdienen, dass die Schweiz nüchtern betrachtet weder besser noch schlechter als ihre Nachbarn ist, und dass unsere Zukunft in Europa und nicht im Alpenreduit liegt.

Auch die befürchtete Einwanderung von Bürgern anderer EG-Staaten in die wohlhabende Schweiz, die eine so geringe Arbeitslosenquote hat, wird weit geringer ausfallen als in düsteren Prognosen erwartet und vorausgesagt wird. Zudem könnte dies dem sich abzeichnenden Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften nur nützen. Hingegen ist das Migrationsproblem und der sich abzeichnende Druck auf Europa ein zunehmend sicherheitspolitisches Problem, das diese Region zu lösen hat.

Die Akzeptanz der militärischen Landesverteidigung

Wie aber steht es um unsere Landesverteidigung, immer noch Kernstück unseres nationalen Selbstbewusstseins und Ausdruck unserer Bereitschaft, für Freiheit und Selbstbestimmung sich auch jederzeit mit der Waffe in der Hand einzusetzen?

Den törichten Vorschlag zur Selbstentwaffnung, den hochgelobte schweizerische Kulturschaffende als intelligentesten politischen Akt unseres Jahrhunderts bezeichneten, hat die schweizerische Bevölkerung am 26. November 1989 im Verhältnis 2:1 abgelehnt, trotzdem sich damals, kaum 14 Tage nach der Maueröffnung, ganz Europa im Taumel der Friedenseuphorie befand. Damit sind wir zum einzigen Land in Europa geworden, welches plebisztär die Akzeptanz der Armee in der Bevölkerung kennt, was für eine Milizarmee von ausserordentlicher Bedeutung ist. Denn welchen Sinn macht diese, wenn sie nicht von der Mehrheit der Mitbürgerinnen und Mitbürgern getragen wird!

Anderthalb Jahre später sind wir wieder etwas nüchterner geworden. Der Golfkrieg hat unterdessen stattgefunden und auch deutlich gemacht, wie gefährlich die Welt von heute noch immer ist, wie unversehens aus bisher ungewohnten Bereichen, nämlich der 3. Welt

militärische Bedrohungen erwachsen können und wie wir vielleicht in nicht allzu ferner Zeit damit rechnen müssen, aus diesen Regionen mit Hilfe der modernen Raketentechnologie unter Druck gesetzt zu werden. Nicht mehr einzelne Länder, sondern vielmehr die Unstabilität und die allgemeine Unsicherheit sind heute unsere grössten Gegner. Nicht vergessen dürfen wir auch die Tatsache, dass in Europa immer noch enorme militärische Potentiale stehen, die diesen Kontinent immer noch zur Region machen, die am stärksten mit militärischen Mitteln belegt ist. Um so dringender wird eine europäische Sicherheitsarchitektur.

Mögliche europäische Sicherheitsstrukturen

Die Hoffnung auf einen völligen Neubau der europäischen Sicherheitsstruktur im Rahmen der KSZE, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, d.h. aller europäischen Staaten plus USA und Kanada sowie der Sowjetunion hat sich mindestens bis heute als utopisch erwiesen. Der Rüstungskontroll- bzw. Abrüstungsprozess vollzieht sich zwar weiterhin im Rahmen der KSZE, aber an eine aktive Sicherheitsorganisation in diesem Rahmen ist vorerst nicht zu denken, selbst nach dem jüngsten Durchbruch in Berlin und dem Beschluss, die Streitschlichtungsmechanismen durch ein Mehrheitsverfahren zu stärken.

Auch die EG musste im Laufe des Golfkrieges einsehen, dass die nationalen Sicherheitsinteressen noch zu verschieden sind, als dass sie sich so leicht wie die wirtschaftlichen koordinieren und aufeinander abstimmen lassen. Es war der EG nicht möglich, im Golf kraftvoll und geschlossen aufzutreten und mit einer Stimme zu sprechen. Auch die daraus abgeleitete Notwendigkeit, von Kommissionspräsident Delors, von den Aussenministern Delmas und Genscher ebenfalls betont, möglichst zügig eine eigene EG-Aussen- und Sicherheitspolitik zu entwerfen, wird wohl kaum vor Ende dieses Jahrzehnts realisiert werden können. Noch ist es sogar im wirtschaftlichen und politischen Bereich unklar, wie gross dieses Europa sein soll, ob es die neuen Demokratien Mitteleuropas umfassen und ob der Vertiefung weiterhin vor der Erweiterung Priorität gegeben werden soll.

Die EG ist zurzeit mit vielen innern, wirtschaftlichen und politischen Problemen konfrontiert – was angesichts der von ihr zu bewältigenden Aufgaben auch nicht erstaunt –, dass an eine zügige Festlegung einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik noch nicht zu denken ist und die EG als Träger einer europäischen Sicherheitsstruktur somit vorderhand ebenfalls ausfällt. Es bleiben die WEU und die NATO. Die WEU, als Dornröschchen seit Jahrzehnten vorhanden, aber meist nur schlafend, hat eine gewisse Wiederbelebung erreicht im Zusammenhang mit dem Golfkrieg, als ihr wenigstens Koordinationsaufgaben unter den europäischen Mitgliedern der Anti-Sadam-Allianz zugebilligt wurden.

Doch die 1955 geschaffene Organisation, der Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Luxemburg, Niederlande, Deutschland, Italien, Spanien und Portugal angehören, verfügt über keinen eigenen Militärapparat. Ihre Wiederbelebung ist eine Verlegenheitslösung, da zurzeit den EG-Staaten kein anderes Forum für die Diskussion ihrer Sicherheitsfragen zur Verfügung steht. Sie hat aber bisher nie eingetretene Bedeutung erlangt.

Die NATO weiterhin entscheidende Ordnungsmacht

Wichtigstes Element der europäischen Sicherheitsstruktur ist nach wie vor die NATO, als politische Allianz 1949 gegründet. Die NATO, freiwilliger Zusammenschluss demokratischer Staaten, geschaffen als Antwort auf die Bedrohung aus dem Osten, welche durch ihre konsequente Haltung wesentlich zum Zerfall des Ostens und damit zur Entspannung in Europa beigetragen hat, wurde Gegengewicht zum WAPA, ein von der Sowjetunion dominierter Zwangspakt, nach aussen als Verteidigungspakt propagiert, vom Potential und Doktrin klar auf Angriff eingesetzt.

Auch nach dem Zerfall der Warschauerpaktstaaten hat die NATO ihre entscheidende Bedeutung beibehalten. Sie hat die Militärpotentiale ihrer Mitgliedstaaten erfolgreich koordiniert und die transatlantische Verbindung, das heisst die Unterstützung der westeuropäischen Staaten durch die USA sichergestellt. Laufende innere Konflikte und Spannungen – wie den Austritt Frankreichs aus der Militärorganisation unter de Gaulle – hat sie erfolgreich überwunden, und es besteht keinerlei Anlass, nach der Auflösung des Warschauerpaktes Gleichermaßen mit Gleichermaßen vergelten zu wollen und die Auflösung der NATO zu fordern. Denn der Warschauerpakt war eine reine Militärralliance, die, wie kurz erwähnt, die Vorherrschaft der Sowjetunion über die ehemaligen Satellitenstaaten sicherstellte, während die NATO im wesentlichen eine freiwillige Allianz von Staaten ist, die auf den gleichen Werten der Menschen und Völkerrechte aufbaut und deren Militärapparat der Verteidigung dieser Werte gilt.

Die NATO ist derzeit daran, eine neue Strategie zu formulieren. Das entsprechende Dokument wird noch im Laufe dieses Herbstes erwartet.

Für die Schweiz allerdings, die sich während der Jahre des kalten Krieges in freundschaftlicher, aber klarer Distanz zur NATO gehalten hat, besteht kein Grund, dieses Verhältnis jetzt zu ändern beziehungsweise aktiv eine Annäherung an die NATO zu suchen. Auch wenn aus diesen Überlegungen hervorgeht, dass sich im Umfeld der Schweiz keine klaren Umriss einer neuen Sicherheitsarchitektur abzeichnen, so muss die Schweiz doch tiefer als bisher ihre Konzeption des Stillesitzens inmitte von rivalisierenden und konkurrierenden Nationalstaaten auf Vor- und Nachteile hin überprüfen.

Sicherheitspolitische Bedeutung der Neutralen

Am 5. Juni 1991 wurde der bundesrätliche Sicherheitsbericht vom Nationalrat mit 121:30 Stimmen genehmigt, bzw ein Rückweisungsantrag eindrücklich verworfen. Die Schwierigkeit der gegenwärtigen politischen Selbstbestimmung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, dass nach wie vor die in der Bundesverfassung formulierten sicherheitspolitischen Ziele «Friede in Freiheit und Unabhängigkeit, Wahrung der Handlungsfreiheit, Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen und Behauptungen des Staatsgebietes» existieren, daneben aber neu ein «Beitrag an die internationale Stabilität vornehmlich in Europa» gefordert wird. Bis jetzt trug die Schweiz zur Stabilität Euro-

pas bei, indem sie glaubhaft machen konnte, das eigene Territorium wirkungsvoll verteidigen zu können. Sie wurde als ein glaubwürdiger und berechenbarer Stabilitätsfaktor allgemein anerkannt, dies hat beispielsweise selbst der sowjetische Generalsekretär 1988 in bezug auf die sicherheitspolitische Bedeutung der neutralen Staaten im europäischen Prozess ausgesagt: «*Wir wissen diesen unabhängigen Beitrag zu schätzen, er ist ein wesentliches Element der europäischen Politik, den wir stets berücksichtigen. Wenn Europa den eigenständigen sicherheitspolitischen Beitrag der neutralen Staaten entbehren müsste, würde das Entspannungspotential in dieser Region verarmen.*» Die Schweiz gehörte mit Österreich, Jugoslawien, Schweden und Finnland zu jenem Gürtel neutraler Staaten, die die direkten Konfrontationsbereiche zwischen NATO und Warschauer Pakt beträchtlich verkleinerten.

Diese Tatsache verdeutlicht denn auch die Aussage des damaligen sowjetischen Generalsekretärs.

Nach wie vor die Unsicherheit

Mit dem Abnehmen der Konfrontationswahrscheinlichkeit zwischen Ost und West ist auch die Bedeutung und Funktion der neutralen Pufferzone stark relativiert worden. Die sicherheitspolitische Situation in Europa ist aber dennoch äußerst diffus. Während im Osten nach wie vor das grosse Militärpotential der Sowjetunion existiert (immer noch enorm, auch nach der vorgesehenen Reduktion), ist die Präsenz der Sowjetunion in der Tschechoslowakei und Ungarn aufgehoben, und diese Staaten unterhalten für sich selbst nur noch marginale Verteidigungskräfte. Ähnliches wird bald auch für Polen gelten.

Die Situation in Deutschland ist besonders kompliziert, indem die Nationale Volksarmee aufgelöst wurde, hingegen immer noch sowjetische Verbände in den neuen Bundesländern der ehemaligen DDR und zum Teil in unmittelbarster Nähe der neuen Hauptstadt Berlin präsent sind und dort de facto auf ihre Repatriierung warten; andererseits Deutschland eine Reduktion seiner Streitkräfte auf 370 000

Mann mit Verstärkungsmöglichkeiten durch Reserven auf 900 000 beschlossen hat. Im Norden Europas wird hingegen nicht reduziert, da die Situation weitau weniger optimistisch eingeschätzt wird und Norwegen, Finnland wie auch Schweden vorläufig keinen Grund sehen, ihre Verteidigungsdispositionen zu ändern, da sie die sowjetische Militärpräsenz im Norden als nach wie vor bedrohlich einschätzen.

Auch Österreich hat seine sicherheitspolitischen Grundlagen und Dispositionen im wesentlichen nicht verändert, insbesondere da es an seiner Südflanke mit Unbehagen auf die explosiven Konflikte im zerfallenden Jugoslawien blickt, die schon in bürgerkriegsähnliche Zustände umgeschlagen haben.

Sicherheitspolitische Solidarität der Schweiz

Die Schweiz möchte gemäss neuem sicherheitspolitischem Ziel einen Beitrag an die internationale Stabilität vornehmlich in Europa leisten. Der Bundesrat sagt in seinem sicherheitspolitischen Bericht 1990 auch ausdrücklich: «*Eine ganze Reihe von Sicherheitsproblemen, vor allem im vorbeugenden Bereich, lassen sich nur noch im Zusammenwirken mit anderen Staaten lösen. Indem wir zur allgemeinen Friedenssicherung, zur Krisenbewältigung und zur Beseitigung von Konfliktursachen namentlich in Europa beitragen, leisten wir auch einen wesentlichen Beitrag an unsere eigene staatliche Sicherheit.*»

Die Umsetzung dieses sicherheitspolitischen Ziels in die Praxis heisst vor allem, keine Bocksprünge in Richtung radikaler Abrüstung zu unternehmen. Ein Land wie die Schweiz muss sich zwar von seinen Nachbarn in keiner Weise bedroht fühlen, kann aber ebenso klar nicht damit rechnen, einfach als Nutzniesser und Trittbrettfahrer verteidigungspolitischer Anstrengungen von diesen Nachbarn geduldet und anerkannt zu werden. Die Schweiz wird als ebenbürtiger Nachbar und als solidarischer Teil Europas nur ernst genommen, wenn sie ihren glaubwürdigen Anteil an den gemeinsamen sicherheits- und verteidigungspolitischen Dispositionen der ganzen Region Europas tragen bereit ist. So ist es auch um so bedenklicher, dass die

Sicherheit und die Existenzsicherung unseres Landes von vielen linken und auch vermehrt von sogenannt bürgerlichen Parlamentariern bewusst vernachlässigt wird, weil auf dem Markt der Politik derzeit anderen Themen gehuldigt wird, obwohl die Sicherheitspolitik immer noch zu den wichtigsten Politikbereichen gehören müsste, über die wir vertieft nachzudenken haben.

Die sicherheitspolitische Solidarität zu Europa bedeutet vorerst nichts anderes, als dass die Schweiz die gleichen Bewegungen mitvollzieht, die sich auch im Ausland in bezug auf die Streitkräfte abzeichnen: Reduktion der Zahlen unter gleichzeitiger Qualitätsverbesserung in Ausbildung, Ausrüstung und Logistik. Dabei steht das schweizerische Milizsystem im Interesse Europas.

Ich habe mir sagen lassen, dass derzeit zahlreiche Exponenten europäischer Staaten, die sich mit der Armeeplanung befassen, sich die Türklinke in Bern in die Hand geben. Alle wollen sie eine Armee und ihr Konzept studieren, welche keine Berufsarmee ist, deren Angehörige zwischen den periodischen Dienstleistungen erwerbstätig sind, ihr eigenes Auskommen finden, integriert sind in die Volkswirtschaft und bei Bedarf einfach ihre militärische Aufgabe aufnehmen können. Gleichzeitig gilt es hier festzuhalten, dass kein europäisches Land derzeit substantielle und massive Budgetkürzungen vornehmen will.

Gerade die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) will die internationale Lage, welche nach wie vor durch Unstabilität, Unsicherheit und die enormen Waffenarsenale gekennzeichnet ist, nicht wahrhaben. Einerseits wird eine sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EG gefordert, andererseits will man mit dem massiven Abbau finanzieller Mittel (Initiative zur Halbierung der Militärausgaben) die Armee zur Bedeutungslosigkeit reduzieren. Die Solidarität zu Europa umfasst eben auch die Sicherheitspolitik.

Es ist eine unehrliche Taktik, sich mit Blick auf die kommenden Parlamentswahlen als Europäer der offenen Art zu propagieren, sich aber gleichzeitig als sicherheitspolitische Trittbrettfahrer zu begnügen. Dies macht nicht nur die SPS, sondern auch eine ehrliche Integrationspolitik unglaublich.

Folgerungen für die Armee und die Gesamtverteidigung

Die eingeleitete Reform «Armee 95» geht in die richtige Richtung. Es ist aber äußerst heikel, gegenwärtig eine Reform so kurzfristig durchzusetzen und quasi abschliessend realisieren zu wollen, wenn das ganze Umfeld derart im Fluss ist, wie das in Europa heute der Fall ist. Die Schweiz, aber auch andere Staaten Europas können weder über den Verlauf der Integrationsentwicklung noch über die Entwicklung der Sicherheitsarchitektur in Europa zurzeit klare Vorstellungen entwickeln. Auf Grund einer sauberen Lageanalyse und in Konkretisierung des sicherheitspolitischen Ziels «*Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa*» sollte die Schweiz ihre eigene, wohlüberlegte und durchdachte Vision entwickeln, wie sie ihre europäische Rolle in Zukunft wirtschaftlich, politisch und auch sicherheits- und verteidigungspolitisch spielen will.

Zweifellos muss sie ihre bestehende und angesehene Landesverteidigung durch laufende Modernisierungen glaubwürdig und funktionstüchtig erhalten. Es ist weniger wichtig,



